

Mr. 602.

— Am Schluß eines Erlasses des Ministers des Innern, vom 20. August 1872, wird bemerkt, daß der Polizei-Behörde das Recht zusteht, die Verübung und Fortsetzung von Uebertretungen durch direkte Gewalt zu verhindern, namentlich auch einem durch Uebertretungen herbeigeführten ungeordneten öffentlichen Aufstand im Wege der abmildernden Umstände entgegenzutreten.

tion auf Kosten des Schuldigen zu befestigen. Der Minister des Innern macht aber in einem Spezialerlaß vom 25. v. M. darauf aufmerksam, daß in jenem allegirten Erlaß von Willm ausgeführt werde, daß sich die Befugniß der Polizeibehörden, Exekutivstrafen anzubringen und festzusetzen, auf solche Handlungen oder Unterlassungen nicht erstrecke, welche bereits durch das Strafgesetz mit Strafe bedroht sind. Hiermit in Uebereinstimmung ständen die Entscheidungen des königl. Ober-Verwaltungsgerichts vom 9. April (Bd. V S. 278) und vom 24. Juni 1882 (Bd. IX S. 275), Inhabt deren die Polizeibehörde — geeigneten Falles — zwar die Befestigung der zu einem unerlaubten Gewerbebetriebe dienenden Einrichtungen, eventuell selbst die Schließung des betreffenden Lokals anordnen, keineswegs aber, an Stelle des zuständigen Gerichts den durch das Gesetz mit einer Strafe bereits bedrohten Gewerbebetrieb selbst zum Gegenstand eines polizeilichen Strafverfahrens machen darf. Selbstverständlich könne es in dieser Beziehung keinen Unterschied machen, daß die betreffende Person vorher schon wegen der in Rede stehenden Uebertretung verschiedene Male gerichtlich bestraft worden sei; es ergebe sich hieraus im Gegentheil nur, daß im vorliegenden Falle auch nicht einmal ein scheinbarer äußerer Anlaß gegeben gewesen sei, für die Zukunft von gerichtlicher Verfolgung des Kontraventions-Abstand zu nehmen und statt dessen „strengere“ polizeiliche Maßregeln einzutreten zu lassen. Der Minister mißbilligt es daher, daß die Polizeibehörde sogar dazu übergegangen ist, gegen den Betreffenden zweimal eine von derselben festgesetzte achtstägige Haftstrafe zu vollstrecken, und hat angeordnet, daß die weitere gegen denselben festgesetzten Exekutivstrafen aufzuheben und, soweit sie inzwischen gleichwohl beigetrieben sein sollten, zu restituieren sind.

— Mit Bezug auf die auch von uns vor Kurzem getragene merkwürdige Lotterielos-Geschichte aus Köslin, welche wir nach der „Ztg. f. S. P.“ wiedergeben, geht der „N. St. Ztg.“ von einem der Betheiligten, Herrn Rechtsanwalt Krüger in Köslin folgende Zuschrift zu:

Die in Ihrer Zeitung veröffentlichte Lotterielos-Angelegenheit hat folgenden thatsächlichen Zusammenhang: Die Witwe Henning beauftragte den Kaufmann Schrader zu Köslin, ihr zur Subhastation stehendes Gut Schwellin meistbietend anzukaufen. Sie behag für sich oder ihren Sohn den Rücklauf binnen Jahresfrist aus. Als Entgelt für den auszuführenden Auftrag händigte sie dem Herrn Schrader ein nach ihrem Vermögensverfall ihr noch angefallenes Erbe von 6000 Mark aus, welche bei Nachlassung der Auftrages an die Gläubiger der Frau H. nach Verhältnis ihrer Forderungen zurückgegeben werden sollten. Das den Auftrag prästirende schriftliche Abkommen, welches bewachte, ebenso die Gläubiger der Frau Henning zu befriedigen, als die Familie im Besitze des Gutes zu erhalten, wurde getroffen auf Veranlassung des Rechtsanwalts R. in Köslin. Herr Schrader hat den Auftrag nicht ausgeführt, hält aber trotzdem die alsdann vertraglich an die Gläubiger-Gesellschaft auszuantwortenden 6000 Mark, mithin zu Unrecht, hinter sich. Als nun der Kaufmann S. ein dem Rechtsanwalt R. verkauftes Lotterielos von diesem zurückkaufen wollte, wieserte letzterer sich dessen, forderte von dem Kaufmann S. für seine Klientin Ertrag des durch die Nichtausführung des übernommenen Auftrages dieses verursachten Vermögensschadens und erklärte sich nur in diesem Falle zum Wiederverkauf des Lotterieloses erblickt. Das Vermögen der Frau H. und deren bei der Subhastation ausgefallenen beiden großjährigen Kinder war in der vorausgegangenen gerichtlichen Erbschaftsauseinandersetzung mit dem minderjährigen Kindern auf 153,000 Mark bemessen worden. Herr S. erbot sich für diesen Ausfall als Vergleichssumme 3000 Mark an Frau H. zu zahlen. Der Rechtsanwalt R. nahm diese Offerte an, lehnte aber den Zahlungsmodus im Interesse der Frau H. ab, weil diese den Offenbarungseid gelistet, und die Zahlung an sie nicht ihr, sondern den Gläubigern derselben zu Gute kommen würde. Eine Benachteiligung der Gläubiger lag in der beschriebenen Sicherstellung der Vergleichssumme für Frau H. nicht, da der Rest des Vermögensbestandes, das angefallene Erbe von 6000 Mark, den Gläubigern vorbehalten ist. Daraufhin überließ Herr S. die formgültige Sicherstellung der von dem Anwalt zu Gunsten der Mandatanten ausgerichteten 3000 Mark dem freien Ermessen derselben. Die so zu Stande gekommene von dem Rechtsanwalt R. abgegebene und dem Kaufmann S. vollzogene schriftliche Erklärung lautet folgendermaßen:

„Als Äquivalent, d. h. als Gegenleistung für die Uebernahme eines Lotterieloses habe ich heute einen Wechsel über 3000 Mark dem Rechtsanwalt R. ausgehändigt, welchen ich morgen einlöse.“

Köslin, den 27. Juli 1884. S.“

In diese Erklärung, welche als Rechtstitel dem betheiligenden Anwalt für die Verwendung der zu zahlenden 3000 Mark dienen sollte, ist die einschränkende Verfügung zu Gunsten der Schwester deshalb nicht aufgenommen, weil Zug um Zug die Uebertragung des Eigentums der zu zahlenden Vergleichssumme auf die beiden Kinder und der Zinsgenuss für die Schwester von dem Anwalte in Aussicht genommen und demgemäß der Auftrag sofort nach der Vollziehung, also vor der Auszahlung der Vergleichssumme dem Bureauvorsteher Ertraglass von diesem bereits erteilt war. Durch den Versuch des Kaufmanns S. am darauf folgenden Tage unter Zuziehung eines Geschäftsfreundes, der Einlösung des Wechsels sich zu entziehen, und die darauf ausgebrachte Pfändung der Kreisparafasse zu Köslin auf die an den Rechtsanwalt R. inzwischen gezahlte Wechselsumme von 3000 Mark ist die Uebernahme derselben zunächst bis zum Auszuge des vom Rechtsanwalt R. gegen die pfändende Kreisparafasse erhobenen Rechtsstreites auf Auf-

hebung der Pfändung in der Schwere geblieben. Deshalb wird wohl ferner wegen Ausantwortung der 6000 Mark an die Gläubiger der Frau H. gegen S. die Klage schwebt, emittiert die in die Öffentlichkeit gebrachte Angelegenheit zur Zeit der unentbehrlichen Grundlagen zur sachgemäßen Beurteilung. Sobald die Entscheidungen über obige Rechtsstreite ergangen sind, wird der unterzeichnete Anwalt die Veröffentlichung sich nicht nehmen lassen, auf weitere Folien bis dahin aber nicht eingehen. Soviel ergibt sich aus diesen durch Urkunden und Zeugen nachgewiesenen Thatsachen auch jetzt, daß die Geschäftsführung des unterzeichneten Rechtsanwalts, da jedes Rechtsgeschäft im Wege der Zwillinge anzugreifen ist, dem Kaufmann S. vielleicht Anlaß zur Klage auf Ungültigkeit des Vergleichs im Zwangsprozeß geben kann, als Handhabe für ein Strafverfahren aber keinen Anlaß bietet. Geschäfte ersteres und würde dadurch der Vergleich beseitigt, o sünde der Frau H. alsdann die Klage auf Schadloshaltung wegen Untreue gegen den von ihr beauftragten Kaufmann S. zu Köslin wieder offen und würde der im Wege des Vergleichs erzielte beschriebene Schadensersatz von 3000 Mark bei dem Verluste von 153,000 Mark eine ungleich größere Summe in Aussicht stellen.

Der veröffentlichte Artikel berührt also den Kern der Sache, das Wesen des Rechtsgeschäfts, nämlich den Vergleich über 3000 Mark garnicht, bezeichnet das Lotterielos als Kaufobjekt für den Preis von 3000 Mark, während es nur die Veranlassung zum Abschluß des Vergleichs gegeben hat und alsdann lediglich als Schale behufs Sicherstellung der Vergleichssumme zu Gunsten der Frau H. verwendet ist. Köslin, 22. Dezember 1884. Der Rechtsanwalt Krüger.

— Heute Nachmittag 4 Uhr geben die Kiliptaner im Stadt-Theater auf allgemeines Verlangen eine Kinderdarstellung zu ermäßigten Preisen. Zur Aufführung gelangt das reizende Götter-Mädchen „Sneewittchen und die sieben Zwerge“. Der Hauptreiz dieser Vorstellung dürfte darin zu suchen sein, daß in diesem Stücke zum ersten Male die Zwerge von wirklichen Zwergen, von Zwergen mit Fleisch und Blut dargestellt werden.

— Der hiesige stenographische Verein beendigte am 8. Dezember einen Unterrichtskursus in der von ihm vertretenen vereinfachten Stolze'schen Stenographie (System Neu-Stolz) unter Abhaltung eines Bräutigams-Schreibens, bei welchem der Preis Herrn A. Baumhammer hier zuerkannt wurde. Bezüglich eines am 5. Januar 1885 neu zu eröffnenden Kurses verweisen wir auf heutiges Inserat.

— Das zur direkten deutschen Dampfschiffahrt (Expediten Morris u. Comp.) gehörende Hamburger Dampfschiff „California“, Kapit. Winter, ist am 21. Dezember wohlbehalten in Newyork angekommen. Dasselbe überbrachte 180 Passagiere und volle Ladung.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Nachmittags-Vorstellung: „Sneewittchen.“ Abends bleibt das Theater geschlossen.

Hannau, 21. Dezember. (Grimm-Dez.) Das Komitee hat einen vorläufigen Geschäftsbericht erstattet, aus dem wir als von weiterem Interesse Folgendes anführen wollen: In Folge des im Februar d. J. ergangenen Aufrufs zur Errichtung eines Denkmals für die Brüder Grimm sind aus allen Theilen des Reiches und aus fremden Ländern, wo Deutsche wohnen, recht namhafte Beiträge eingelaufen, vor allen Dingen hat aber die hiesige Bürger-Gesellschaft eine höchst anerkennenswerthe Opferfreudigkeit bewiesen. In großer Anzahl wurden Beiträge über 100, 200, 300 bis 500 Mark, ja einzelne sogar in Höhe von 1000 Mark gegeben. Die Stadt, zur Zeit etwa 23,000 Einwohner, hat insgesamt 19,920 M. 20 Pf. für das Grimm-Denkmal durch Sammlungen und Beiträge aufgebracht. Hingzu kommen noch 5700 Mark, welche die Mitglieder des hiesigen Grimm-Vereins in den nächsten Jahren zu zahlen sich verpflichtet haben. Im Ganzen sind für das Denkmal bis jetzt 38,625 Mark eingegegangen und zwar haben ergeben: 1) Sammlungen von Behörden und Akademien 947 Mark, 2) Sammlungen der deutschen Universitäten 2101 M., 3) Sammlungen der Gymnasien 1887 Mark, 4) Sammlungen der Realschulen 286 M., 5) Sammlungen der Volksschulen und höheren Töchterschulen 1013 M., 6) sonstige Sammlungen und Einzelspendungen 7651 Mark, und 7) Sammlungen und Einzelspendungen von außerhalb des deutschen Reiches 4816 Mark. Im Ganzen also gewiß ein recht erfreuliches Resultat bis jetzt.

Aus den Provinzen.

Köslin, 21. Dezember. Daß auch bei uns in Hinterpommern Entfahrungen passiren können, besonders wenn ein Berliner Herrmann in der Affaire als Don Juan figurirt, das beweist folgendes Geschichtchen, das aus dem Dorfe R. bei Belgard mitgetheilt wird: „Ungefähr vor einem Jahre beabsichtigte Graf R. in S. eine Ehefrau zu bauen von S. nach H. Er übergab die Arbeiten dem Baumeister A. in Berlin, der nun nach S. kam und seine Frau gleich mitbrachte. Da er in S. eine passende Wohnung nicht finden konnte, so begab er sich nach R., wo er geeignete Räumlichkeiten fand, miethte und mit seiner Frau bezog. In R. lernte A. die Tochter des Krügers R. kennen und verliebte sich in dieselbe. A., ein einfacher biederer Landwirth, hatte seiner Tochter wohl eine bessere Erziehung angedeihen lassen, als man sonst bei uns in den Dörfern zu finden gewohnt ist; dazu war sie ein recht schmaudes, feißiges Mädel, trug sich modisch und erregte wohl deshalb bei den anderen Dorfschönen Aerger und Neid; sie hieß in ihrem Munde nur die

„Nobedame“. Wie gesagt, verliebte sich Herr A. in des Grafen Töchterlein, und da er ein redigierender Mann war und in Sachen der Liebe wohlvertraut, so gelang es ihm, das Herz seiner Angebeteten im Sturm zu erobern. Die Liebeshändeleien des Herrn A. blieben aber nicht geheim; sie kamen der Frau zu Ohren, und natürlich gehörten erregte Szenen zwischen dem Eheleuten A. nicht mehr zu den Seltenheiten. Um alle Widerwärtigkeiten mit einem Schlage sich vom Leibe zu schaffen, brachte A. seine Frau nach Berlin zu ihren Verwandten, während er selbst nach R. zurückkehrte und dort ganz sein Quark beim Krüger R. aufschlug. Hier spann er das Liebesverhältnis ungehindert weiter, das mit der Zeit ein derart vertrautes wurde, daß Fräulein R. an Herrn A. nichts mehr zu verschenken hatte. Die Eltern der jungen Dame ließen es zwar an nichts fehlen, dem Thun und Treiben der beiden Glücklich-entgegenzutreten, hatten aber weiter keinen Erfolg. Vom Liebsten, das man hat, muß man nun aber mit der Zeit meßentwils scheiden, und das mußte sich auch Herr A. traurigen Herzens sagen, als im November d. J. die Ehefrau vollendet und die Arbeit des Herrn A. beendet war. Die Liebe hielt A. indessen mit unzerbrechlichen Ketten am Orte gefesselt, und schließlich sagte er sich: „Ohne sie kann ich nicht leben.“ A. überredete also Fräulein R., mit ihm zu entfliehen; sie war damit einverstanden, worauf er seine Habsgelassen in einen Koffer und die Wäsche und einige Kleider der jungen Dame in einen Kasten packte und dann auf einen günstigen Augenblick wartete, der es ihm ermöglichte, vorerst die Sachen zu befördern. Der Augenblick kam. Frau R., welche eine Besuchsreise machen wollte, wurde von ihrem Ehemann zum Bahnhof gefahren. Jetzt machte sich auch Herr A. auf und begab sich mit den Sachen nach R. In der Nacht lebte er von R. nach S. in einer Droschke zurück. Fräulein R. springt aus dem Fenster, die Arme des Geliebten fangen sie auf, und ungeschört und unverfolgt eilt das glückliche Paar davon. Jetzt hat es wahrscheinlich bereits ein Plätschen gefunden, an dem es in voller Beschaulichkeit seiner romantischen Liebe leben kann.

Vermischte Nachrichten.

— (Stylblüthen.) Was man in blumreicher Sprache alles zu leisten vermag, beweisen folgende Ausprüche eines Gelehrten: „Man kann nur dann diese Sache richtig beurtheilen, wenn man sie einmal eingehend mit dem Scherzweiser der Kritik beleuchtet.“ — „Der Zahn der Zeit, welcher schließlich alles Lid stillt, wird auch über diese Dummheit waschen lassen.“ — Eine Zeitung im Reglement der Frankfurter Polizei folgende Diebstahls-geschichte: „Eine gute Gans ist ein guter Beaten, dachte unser Gourmand, und da sah er eine Gans hängen; zwar hing sie etwas hoch, aber er machte es nicht so, wie der Fuchs mit dem Trauben, denn sie wurde sein und er verschwand damit. Dies geschah vorgestern Abend im Hofe des Hauses Nr. 84, denn obgleich die Gans an einem Fenster der ersten Etage hing, brachte es ein Dieb dennoch fertig, sie herunter zu praktizieren, vermuthlich mit einer Stange. Zühe sich jede Köchin eine Lehre daraus.“

— Als ein „Zeichen der Zeit“ meldet die „Düsseldorfer Volkszeitung“, daß am 3. d. M. in der Druckerei ihres Blattes ein Dienstmädchen erschien, um die Adresse des in Mexiko garnirenden Liebes auf 100 Konverts anbringen zu lassen.

— (Ein zoologischer Verein.) In Wien existirt eine Gesellschaft, schlechtweg „Mittwoch-Gesellschaft“ genannt, weil sie alle Mittwochs ihre Zusammenkünfte hatte. Sappho, der bekannte Witzbold, wollte auch einmal in die Reihen dieser Mittwoch-Gesellschaft einen bescheldenen Witz werfen, wurde aber von derselben unbehelligt hinausgewiesen. Mit den Worten: „Eure Gesellschaft besteht außer acht eben nur aus Doh, Efel, Esch“, verließ Sappho die Mittwochskneipe. Als er aber von jener Gesellschaft droh angefaßt wurde, bewies er dem Richter schwarz auf weiß, daß seine Behauptung richtig sei; er stieß von dem Worte Mittwochsgesellschaft acht Buchstaben aus — Mittwochsgesellschaft und siehe, in der That blieb nur doh esel esch schaf. Sappho wurde freigesprochen.

Amsterdam, 20. Dezember. Unter dem Vorsitz des Herrn J. Kapp-pyne van de Copello ward jüngst in Soort eine Versammlung abgehalten zur Gründung einer Aktiengesellschaft für die Versorgung Londons mit frischer holländischer Milch. Das Kapital ist auf 1,700,000 Fl. veranschlagt, zur Uebernahme der Milch sollen eigene Dampfschiffe erbaut werden und den künftigen Aktionären wird eine Dividende von 24 Prozent in Aussicht gestellt, bei einem Absatz von etwa 150,000 Liter Milch täglich, sogar bis zu 50 Prozent. Trotz dieser schönen Aussichten zweifelt man jedoch noch an dem Zustandekommen der Gesellschaft.

Leipzig, 18. Dezember. Vor dem hiesigen Schwurgerichte hat heute eine Verhandlung in einer durch einen Realschüler vor einigen Wochen begangenen Banknotenfälschung stattgefunden. Edward Tscharsky, Schüler der obersten Klasse der hiesigen Realschule, ist der Sohn eines Gemeindefreiherrn aus dem hiesigen Bezirke. Tscharsky verließ schon in seiner Kindheit ein ungewöhnliches Talent zum Zeichnen und er war auch der beste Zeichner in der ganzen Realschule. In dem Gerichtssaale befanden sich zwei seiner Delgemälde, welche darauf schließen lassen, daß der Angeklagte bei entsprechender Ausbildung ein hervorragender Künstler geworden wäre. Tscharsky, der das nöthige Schulgeld nicht hatte und mit großem Elend kämpfte, verfiel auf den schändlichen Gedanken, sein Talent in verbrecherischer Weise zu verwerten. Er fälschte mit freier Hand und ohne jegliche Werkzeuge fünf Stück Zehngulden-Banknoten, welche er in verschiedenen hiesigen Handlungen ausgab. Eine sechste

Zehngulden-Banknote wurde noch nicht vollendet bei dem Angeklagten vorgefunden. Auf einem Falsifikate send man an der Stelle, wo der ungarische Text steht, befindet, die Anmerkung, daß die Fertigstellung dieser Banknote einen Zeitraum von 50 Stunden in Anspruch genommen hat. Auf einem zweiten Falsifikate findet sich an der gedachten Stelle eine Travestie der Volkshymne, daher erhob die Staatsanwaltschaft auch die Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Den Vorwurf führte Landesgerichtsrath Simonowicz, der Angeklagte wurde von Dr. Jadowicki vertheidigt. Ein Theil der Verhandlung, welcher das Verbrechen der Majestätsbeleidigung betraf, wurde mit Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt. Den Geschworenen wurden von dem Gerichtshof drei Fragen, nämlich die erste Frage wegen vollbrachten, die zweite wegen versuchter Banknotenfälschung und die dritte wegen Majestätsbeleidigung vorgelegt. Die Geschworenen brachten mit neun Stimmen bloß die erste Frage und überreichten zugleich dem Vorsitzenden eine Bitte wegen gelinden Strafmaßes. Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten zu drei Jahren Zerk.

— (Ein historisches Bon mot.) In der zweiten Hälfte des spanischen Erbfolgekriegs illuminirten die Pariser bei der Nacht von jeder auch unwahrscheinlich verlorenen Schlacht. Als sie das auch wieder nach der Schlacht bei Ramillies thaten, sagte der Marschall Villars: „Meine Landsleute sind wie die Feuerzeuge! Je mehr man sie schlägt, desto mehr geben sie Feuer!“

— Ueber den Brand des katholischen Waisenhauses in Brooklyn liegen detaillirte Berichte vor. Donach brach das Feuer im Waisenhause aus. Die Waisenkinder lagen bereits im Schlafe und wurden von den Nonnen aus den Betten gerissen und aus dem brennenden Gebäude ins Freie geschafft. Sie hatten nicht Zeit, sich anzukleiden. Dabei herrschte eine bittere Kälte und es schneite in dichten Flocken. Nachdem die meisten Kinder in Sicherheit gebracht worden, erinnerte sich eine der Nonnen, Schwester Mary, daß 35 franke Kinder in dem Hospital zurückgelassen worden seien. Sie war im Stande, das Gebäude zu betreten, allein die Flammen machten ihr und den kranken Kindern den Auszug unmöglich. Bald darauf wurde die Nonne auf dem Mansjenden-bach gesehen, worauf ihr ein Mitglied der Feuerwehr mit eigener Lebensgefahr von dem benachbarten Dache aus seinen schweren Ueberrock zuwarf. In dem Bestreben, den Ruch aufzufangen, verlor sie das Gleichgewicht und stürzte in die Straße hinein, wo sie schwer verletzt aufgeschoben wurde und binnen wenigen Stunden verstarb. Man fürchtet, daß die kranken Kinder zum Theil in den Flammen umgekommen sind. Wie jetzt sind 12 Kinderchen geborgen worden. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich und das Gebäude ist fast gänzlich niedergebrannt. Die Anzahl barg nahezu 800 Insassen, meistens Kinder im Alter von 2—15 Jahren.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 23. Dezember. Wie der „Kurier Poznański“ meldet, ist der einzige von der preussischen Regierung vorgeschlagene Kandidat für den erbischoflichen Stuhl von Gnesen-Posen der Domherr Wanjara aus Pilsen, früher Provinzial-Schulrath in Danzig.

Bremen, 23. Dezember. Die Rettungstation „Nordern“ der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 23. Dezember von der deutschen Insel „Zwei Gebrüder“, Kapitän Köppe, mit Stückgut von Leer nach Nordern bestimmt, welche auf der hohen Platte strandete, drei Personen gerettet durch das Rettungsboot „Barren“ der Station Walsand. Starker Nordostwind, Rettungsboot 9 Stunden unterwegs.

Stuttgart, 23. Dezember. Die zweite Kammer hat die Kirchengeheimnisse mit 48 gegen 40 Stimmen abgelehnt und den Antrag Rümelin's angenommen, die Regierung um die Einbringung einer neuen Gesetzbildung zu ersuchen, durch welche die Lücken der bestehenden Gesetzgebung in einfacherer Weise ausgefüllt werden. Die Reichstheile einigten sich der Abstimmung und zwar mit der Motirolung, daß die Beratung eine solche Wendung genommen habe, daß sich die Frage als eine innere der evangelischen Kirche darstelle; weiter erklärten sie, daß die Wiedereinbringung eines Entwurfs, in welchem dem Bischof das Mitspracherecht über das Kirchenvermögen eingeräumt wird, ein dringendes Bedürfnis sei.

Pest, 23. Dezember. Die Polizei erwiderte gestern in Rußland in der Wohnung einer Frau eine sozialistische Druckerei, welche nebst zahlreichen sozialistischen Schriften und Manuscripten beschlagnahmt wurde. Der Schriftsetzer Franz Spielmann und die Vermeisterin der Wohnung sind verhaftet worden.

Petersburg, 23. Dezember. Bei dem deutschen Botschafter von Schwielach fand gestern Abend ein größeres Diner statt, welchem der Minister des Auswärtigen, von Giers, mit seiner Gemahlin, der französische Botschafter Appert, sowie viele andere Mitglieder des diplomatischen Korps und eine große Anzahl russischer Generale beizuhönten.

Köln, 22. Dezember. Deputiertenkammer. Bei der heute fortgesetzten Beratung über die Eisenbahnkonvention trat Ministerpräsident Depretis für die Annahme ein. Der Ministerpräsident stellte schließlich die Vertrauensfrage und erklärte, daß er die von der Kommission vorgeschlagene Tagesordnung acceptirt, alle übrigen Tagesordnungsanträge ablehne. Die von Vaccarini beantragte Tagesordnung, wonach die Beratung der Eisenbahnvorlagen durch die Kammer suspendirt werden und eine Rückverweisung derselben an die Regierung zum Zweck nochmaliger Prüfung erfolgen soll, wurde, nachdem die Regierung sich gegen denselben ausgesprochen, mit 252 gegen 170 Stimmen abgelehnt.